Milliardenteure Familieninitiative

Der oberste Finanzdirektor Peter Hegglin (CVP) korrigiert Prognosen der eigenen Partei

Bern Die CVP-Familieninitiative könnte den Staat weit mehr kosten als bislang bekannt. Im Abstimmungsbüchlein zur Vorlage, mit der die Kinder- und Ausbildungszulagen steuerbefreit werden sollen, schreibt der Bundesrat, eine Annahme der Initiative hätte jährliche Steuerausfälle von rund einer Milliarde Franken zur Folge. Auch darum sei die Volksinitiative abzulehnen. Was im Büchlein zur Initiative, über die wir am 8. März befinden, nicht steht: Die der Milliarde zugrunde liegenden Berechnungen stehen auf wackligen Beinen. Und vor allem: Die Initiative dürfte einen Effekt auslösen, der nicht berücksichtigt worden ist, die Mindereinnahmen aber hochschnellen lassen.

Wird die Vorlage in einem Monat angenommen, würde es sich für Unternehmen wie auch für Arbeitnehmer auszahlen, sich auf einen geringeren Lohn im Gegenzug zu höheren Familienzulagen zu einigen. Die Firmen könnten so Sozialversicherungsbeiträge sparen, und die angestellten Mütter und Väter bekämen unter dem Strich gleich viel ausbezahlt, ihr Lohn, den sie versteuern müssen, wäre aber tiefer.

Politiker von links bis rechts befürchten nun, dass, wenn den Angestellten mehr als das Minimum von 200 Franken Kinder- und 250 Franken Ausbildungszulage ausbezahlt und der Lohn gesenkt würde, sich die Mindereinnahmen stark erhöhen: «Ich befürchte, dass nach Annahme der Initiative dem Staat

Peter Hegglin, Präsident der Finanzdirektorenkonferenz

statt einer Milliarde zwei bis drei Milliarden Franken verloren gehen – und das jedes Jahr», sagt FDP-Nationalrat Andrea Caroni. Und auch der Präsident der Finanzdirektorenkonferenz (FDK), Peter Hegglin, pflichtet ihm bei: «Ja, ein solcher Effekt ist möglich.» Beziffern will der Zuger CVP-Regierungsrat den dadurch entstehenden Steuerausfall zwar nicht, aber er hält fest, dass die Mindereinnahmen durch die Initiative seiner Partei «noch höher» sein dürften als die bislang bekannte Milliarde.

Auch SP-Nationalrätin Nadine Masshardt befürchtet: «Es könnte zu einer Steueroptimierung durch die Hintertür kommen.» Auch sie schliesst nicht aus, «dass sich die Mindereinnahmen dadurch mehr als verdoppeln». Ein solch massiver Einnahmeausfall bringe den Staat natürlich in arge Schwierigkeiten, Sparprogramme seien die Folge – wohl auf dem Buckel derjenigen Mütter und Väter, die tatsächlich auf finanzielle Unterstützung angewiesen seien.

«Eine solche Umsetzung halte ich für missbräuchlich»

Ganz anders sieht das CVP-Ständerat Pirmin Bischof als Vertreter der Initianten der Vorlage mit dem offiziellen Namen «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»: «Eine Umsetzung der Initiative, die es ermöglichte, dass die steuer- und abgabefreien Familienzulagen massiv erhöht würden und im Gegenzug der steuer- und abgabepflichtige Lohn eines Angestellten gesenkt würde, halte ich für missbräuchlich und politisch chancenlos.»

Er wisse zwar nicht im Detail, wie der Bund zu seiner Prognose gelangt sei. Zentral erscheine ihm jedoch, dass Familien, die von der Steuerbefreiung der Zulagen profitierten, diese zu über 90 Prozent wieder in der Schweiz ausgeben werden. «Letztlich kommt so ein Grossteil dieses Konsums wieder dem Staat in Form von Steuern der Unternehmen zugute.» Er fragt sich, «weshalb man diesen Effekt nicht in die Prognose miteinbezogen hat».

Weit weniger klar als für Bischof ist die Situation für das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Es will ebenfalls nicht ausschliessen, dass «je nach Umsetzung der Vorlage» es möglich wird, höhere Familienzulagen und geringere Löhne auszuzahlen, wodurch sich die Ausfälle bei Bund, Kantonen und Gemeinden stark erhöhen würden.

Zuständig für die Prognose der Ausfälle ist jedoch die Eidgenössische Steuerverwaltung. Dort heisst es, man könne keine Stellung nehmen. Man habe den Effekt nicht berechnet.

Doch selbst wenn bei der Umsetzung der Initiative einer Steueroptimierung über höhere Zulagen ein Riegel vorgeschoben würde, dürfte der Steuerausfall von einer Milliarde zu tief veranschlagt sein. Denn abgesehen davon, dass die profitierenden Familien einen beachtlichen Teil des Mehrbetrags, den sie dank der Initiative in der Tasche hätten, im Ausland ausgeben würden, womit das Geld unserer Staatskasse entzogen wäre, ist auch die veranschlagte Milliarde zweifelhaft. Sie fusst auf alten Zahlen. Der Bundesanteil am jährlichen Milliardenverlust ist auf 200 Millionen angesetzt. Dieser Betrag wurde aufgrund der Familienzulagen im Jahr 2010 berechnet. Sie betrugen damals 4,76 Milliarden. Schon 2013 lagen die Zulagen jedoch bei 5,3 Milliarden. Wegen des anhaltenden Bevölkerungswachstums steigen sie weiter. Und der Anteil der Kantone und Gemeinden an der Familienmilliarde, der sich auf 767 Millionen belaufen soll, gründet sich laut Hegglin auf eine Umfrage aus dem Jahr 2013, bei der die Kantone lediglich «Schätzungen» vorgenommen hätten.

Pascal Tischhauser